



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

AfD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der AfD-Fraktion

hier: Verurteilung der Gewalt gegen politisch Tätige, Staatsbedienstete und Bürger der Stadt Hagen

Beratungsfolge:

13.02.2020 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Telefon: 02331-207 2129

Telefax: 02331-207 2713

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afdhaben.de

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause -

Aktenzeichen: 2020_01_30

Hagen, 30.01.2020

Antrag an die Verwaltung zur Ratssitzung

am 13.02.2020 gem. § 6 GeschO

Verurteilung der Gewalt gegen politisch Tätige, Staatsbedienstete und Bürger der Stadt Hagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in den letzten Monaten haben sich die verbalen und tätlichen Attacken auf Mandatsträger und Staatsbedienstete wie Polizei und Feuerwehr sichtbar erhöht.

In Bezug auf die Angriffe wurde bereits in der HFA-Sitzung vom 30.01.2020 sowohl durch den Oberbürgermeister als auch durch alle Parteien deutlich gemacht, dass in keiner Form Gewalt gegen diesen Personenkreis geduldet wird.

Ergänzend hierzu fordern wir die Politik auf, ein weiteres Signal zu setzen, indem wir in Hagen jede Gewalt gegen demokratisch gewählte Mandatsträger einmütig ablehnen.

Die körperlichen Bedrohungen, Nötigungen und Beleidigungen durch extrem rechte und linke Gruppierungen, sowie der Antifa zielen darauf ab, politisch Tätige oder Beschäftigte des Staates in Ihrem legitimen Handeln zu blockieren.

Die im Grundgesetz garantierte Meinungs- und Handlungsfreiheit wird als Folge im erheblichen Maße eingeschränkt.

Meinungs- und Handlungsfreiheit sind jedoch wesentliche Voraussetzung für Demokratie und demokratisches Handeln.

Das Handeln der Extremgruppen ist daher ein gezielter Anschlag auf die Grundstruktur unserer Verfassung und Demokratie in Deutschland.

Da diese Taten auch anonym im Netz vollzogen werden, stößt eine Verfolgung häufig ins Leere, die Demokratie zeigt hier Schwächen.

Umso wichtiger ist es daher, dass der Rat der Stadt Hagen auch in diesen Fällen eine klare und einheitliche Haltung der Öffentlichkeit gegenüber demonstriert und ein Zeichen gegen Gewalt setzt.

Nur ein starker Rechtszustand, getragen von allen Demokraten garantiert den Erhalt unseres demokratischen Systems und die Mitarbeit sowie das politische Engagement aller Bürger.

Wir rufen daher alle Ratsmitglieder auf, dieses Vorgehen gegen unsere Demokratie und gegen die demokratische Ordnung durch Rechtsextremisten, Linksextremisten und religiöse Fanatiker und der Antifa zu verurteilen mit ihrer Zustimmung zu diesem Antrag.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender



Karin Sieling
Fraktionsgeschäftsführerin